

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
I. Der Realbefund	17
1. Die Definition des Gemeinschaftsunternehmens	17
2. Zielsetzung, Verbreitung und Erscheinungsformen des Gemein- schaftsunternehmens	20
3. Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen in Gemeinschafts- unternehmen	23
4. Zwischenergebnis	30
II. Problemaufriß	31
III. Das Gemeinschaftsunternehmen aus konzerngesellschaftsrechtlicher Sicht	37
1. Abhängigkeits- und Konzernverhältnisse zwischen dem Gemein- schaftsunternehmen und seinen Beteiligungsgesellschaften	37
a) Problemeingrenzung und methodischer Ansatz	37
b) „Herrschende Unternehmensmehrheit“ — einfache oder mehr- fache Abhängigkeit	40
c) Die Möglichkeit der Zusammenfassung unter einheitlicher Lei- tung durch mehrere Obergesellschaften	45
aa) Der Gedanke der wirtschaftlichen Einheit (§§ 329 ff. AktG)	49
bb) Die konzerngesellschaftsrechtlichen Vorschriften des drit- ten Buches des Aktiengesetzes	53
cc) Die konzerngesellschaftsrechtlichen Normen außerhalb des dritten Buches des Aktiengesetzes	58
d) Die Möglichkeit „mehrfacher“ Abhängigkeit	59
aa) Zur Möglichkeit eines „Gesamtherrschaftswillens“ im Sinne des § 17 Abs. 1 AktG	59
bb) Die an den Abhängigkeitstatbestand anknüpfenden Vor- schriften des dritten Buches des Aktiengesetzes	62
e) Zwischenergebnis	63
2. Zur Typologie der Abhängigkeit des Gemeinschaftsunternehmens	64
a) Die Koordination der Mütter im Gleichordnungskonzern	64
b) Die 50:50-Gemeinschaftsunternehmen (echt paritätische Ge- meinschaftsunternehmen)	66

aa) Die konzerngesellschaftsrechtliche Abhängigkeitsvermutung bei „echt paritätischen“ Gemeinschaftsunternehmen	68
bb) Die Anwendung des § 17 Abs. 2 AktG auf „mitbestimmte“ echt paritätische Gemeinschaftsunternehmen	70
c) Die Koordination durch Vertrag	73
aa) Verfahrenstechnische Regelungen	74
(1) Institutionalisierte Kooperation durch organisatorisch verselbständigtes Leitungsgremium	75
(2) Verfahrenstechnisch abgesicherte Kooperation ohne organisatorisch verselbständigtes Leitungsgremium	79
bb) Materielle Regelungen	81
d) Die faktische Koordination	81
aa) Die vom BGH entschiedenen Fallkonstellationen	82
bb) Übereinstimmendes faktisches Verhalten der Mütter	84
e) Zwischenergebnis	85
3. Die „Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung durch mehrere Obergesellschaften“	86
a) Das Zusammenspiel der aktienrechtlichen Vermutungstatbestände	86
b) Die Voraussetzungen mehrfacher Konzernbindung	88
IV. Das Gemeinschaftsunternehmen in anderen Rechtsgebieten	92
1. Das Gemeinschaftsunternehmen im Steuerrecht	92
a) Die Mehrmütterorganschaft im Körperschaftssteuerrecht	93
aa) Überblick über die gesetzliche Regelung des Körperschaftssteuergesetzes 1968	93
bb) Die gesetzliche Regelung der §§ 14 ff. KStG 1976	94
cc) Die leitungstechnische Koordination der Mütter eines Gemeinschaftsunternehmens aus körperschaftssteuerrechtlicher Sicht	94
(1) Die Voraussetzungen der körperschaftssteuerrechtlich relevanten Organschaft	94
(2) Das Schachtelprivileg in den Fällen der Mehrmütterorganschaft	96
b) Zwischenergebnis	97
2. Das Gemeinschaftsunternehmen im Wettbewerbsrecht	97
V. Die mitbestimmungsrechtliche Problematik	100
1. Die Beteiligung der Arbeitnehmer des Gemeinschaftsunternehmens an der Wahl zu den Aufsichtsräten ihrer Obergesellschaften	100
2. Exkurs: Die Wahlrechtsgrundsätze für die Bestimmung der Arbeitnehmervertreter im Konzernaufsichtsrat nach Maßgabe des MitbestG 76 und des BetrVG 52	105

3. Die konzerndimensionale Erstreckung betriebsverfassungsrechtlicher Mitbestimmung	108
a) Beteiligung an den Konzernbetriebsräten mehrerer oder einer der Obergesellschaften	109
b) Die Bildung eines Konzernbetriebsrates beim Leitungsgremium	113
aa) Der „Konzern im Konzern“ in der bisherigen aktienrechtlichen Diskussion	116
bb) Der „Konzern im Konzern“ aus aktienrechtlicher Sicht beim „Mehrmütterkonzern“	119
cc) Exkurs: Der „Konzern im Konzern“ vor dem Hintergrund des Mitbestimmungsgesetzes	121
(1) Die normative Bedeutung des § 5 Abs. 3 MitbestG für die Frage des „Konzerns im Konzern“	121
(2) Die Teleologie aufsichtsratsbezogener Konzernmitbestimmung	125
(3) Folgerungen für die mitbestimmungsrechtliche Diskussion des „Konzerns im Konzern“	127
dd) Der betriebsverfassungsspezifische Konzerntatbestand des § 54 Abs. 1 BetrVG 72	129
(1) Die Teleologie konzerndimensionaler Betriebsratsmitbestimmung	129
(2) Konzernbinnenstruktur und betriebsverfassungsgesetzlich garantierte Beteiligungsrechte	130
(3) Der Konzernkonflikt im Gemeinschaftsunternehmen vor dem Hintergrund betriebsverfassungsgesetzlich garantierter Beteiligungsrechte	134
VI. Zusammenfassung und wichtigste Ergebnisse	142
Anhang	149
1. Auszüge aus den Kooperationsvereinbarungen zwischen den beiden Beteiligungsgesellschaften eines „echt paritätischen“ Gemeinschaftsunternehmens	151
2. Gesellschaftsvertrag eines Gemeinschaftsunternehmens, dessen Gesellschafter je zu einem Drittel an ihm beteiligt sind	167
3. Konsortialvereinbarungen zwischen fünf zu gleichen Teilen an einem Gemeinschaftsunternehmen beteiligten Gesellschaften	171
Literaturverzeichnis	178